



Leseprobe aus:

Armin Fuhrer | Christian Nawrocki (Hg.)

SCHAFFEN WIR DAS?

Ein Plädoyer für mehr Offenheit
in der Flüchtlingspolitik



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf www.lau-verlag.de

© 2016 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek

Armin Fuhrer | Christian Nawrocki (HG.)

SCHAFFEN WIR DAS?

Ein Plädoyer für mehr Offenheit
in der Flüchtlingspolitik



**Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-95768-179-9

© 2016 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek

Internet: www.lau-verlag.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek

Satz und Layout: Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek

Druck- und Bindearbeiten:

GK Druck Gerth und Klaas GmbH & Co. KG, Hamburg

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort 9

Das Lachen der Kinder stirbt zuletzt

Von Armin Fuhrer 17

Das Böse bloßstellen

Von Ole von Beust 31

Die Heimat im Herzen

Von Gabrielle Scharnitzky 37

Terror von rechts. Es braut sich etwas zusammen

Die Geflüchteten und wir

Von Uwe-Karsten Heye 53

Die Ästhetik des Helfens

Von Marina Lessig und Dominic Herold 63

Für ein angstfreies Leben!

Von Klaus-Peter Grap 75

Der notwendige Kampf für unsere Werte

Von Marina Weisband 83

**Grenzenlose Verantwortung: zur Moral und Ökonomik der
Flüchtlingskrise**

Von Henning Vöpel 89

Eine Gesellschaft, die auf Angst aufbaut, wird untergehen

Von Bettina Müller 97

Mehr Mitgefühl üben

Von Arnd Schimkat 111

Flüchtige Gedanken

Von Anke Rauthmann 121

Hamburg kann das schaffen!

Von Farid Müller 127

Für ein europäisches Asylrecht

Von Gregor Gysi 133

SAMSARA

Von Vivian Daniel 139

Über das hereinbrechende Fremde

Von Monty Arnold 145

Was ist eigentlich der Unterschied zwischen der Bundeskanzlerin und einem Dirigenten?

(Und was hat Frau Merkel mit Brünnhilde gemein?)

Von Bruno Merse 149

Ein Wunder in Berlin

Von Anne Pütz 161

Steht das Jahrzehnt der Integration bevor?

Von Rudolf Seiters 169

Grenze und Offenheit

Von Aarash D. Spanta 177

„Einfach nur frei leben“

*Ein Doppel-Interview von Gloria Viagra mit Sahidad aus
Syrien und Narwa aus dem Irak.* 183

Geld verdienen mit Bildung – ein Gewinn für die Flüchtlinge und die ganze Gesellschaft.

Von Hans-Diedrich Kreft 193

Verantwortung übernehmen

Von Wieland Holfelder 201

Moral, Kultur, Recht und die vielen Einzel-Krisen der Flüchtlinge

Von Till Dunckel 209

Das Schweigen ist gebrochen

Von Patrick Khatami 215



Armin Fuhrer arbeitete über 20 Jahre als Politikredakteur und Korrespondent für die „Welt“ und den „Focus“. Er ist Verfasser zahlreicher Bücher, unter anderem über den früheren Bundespräsidenten Christian Wulff sowie die jüdischen Attentäter David Frankfurter und Herschel Grynszpan. Fuhrer, geboren 1963, lebt und arbeitet als Journalist und Autor in Berlin.



Christian Nawrocki gründete 2009 die Agentur für Öffentlichkeitsarbeit Nawrocki-PR & Communication. Zu seinen Schwerpunkten gehört die Arbeit als politischer Berater. Der 1978 geborene Bochumer mit brasilianischen Wurzeln war zuvor für verschiedene Fernsehsender und die Nachrichtenagentur DPA im In- und Ausland tätig. Nawrocki lebt und arbeitet in Hamburg.

Vorwort

Keine Frage: Angela Merkels Zitat „Wir schaffen das“ wird in die Geschichte eingehen wie John F. Kennedys „Ich bin ein Berliner“ 1963 oder Willy Brandts Kniefall von Warschau 1970. Ob die Bundeskanzlerin tagelang mit ihren Medienberatern zusammenhockte und an einem griffigen Spruch feilte, oder ob diese drei Worte, gesprochen am 31. August 2015 vor der Bundespressekonferenz in Berlin, ganz zu Beginn des Massenandrangs von Flüchtlingen aus Syrien und anderen Ländern spontan aus dem Bauch herauskam, wissen wir nicht; vielleicht wird sie uns davon eines Tages in ihren Memoiren berichten. Der Satz jedenfalls ist seitdem offizielle Regierungspolitik. Die Art, wie die Kanzlerin mit Herz und Härte in den Monaten danach gegen alle Kritiker aus Deutschland, Europa und sogar der eigenen Partei ihre Linie verfolgte, löste bei den einen Bewunderung aus, bei den anderen Empörung.

Dem berühmten Zitat folgte ein Satz, der in Vergessenheit geraten ist: „Und wo etwas im Wege steht, muss es überwunden werden“. „Wir schaffen das“ wirkt optimistisch, zupackend, es ist eine Aufforderung, die Ärmel hochzukrempeln und mitzumachen. Der zweite Satz ist das alles auch – aber er besagt zugleich, dass es Probleme geben werde bei der Bewältigung einer der größten Herausforderungen, der das demokratische Deutschland sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegenüber sieht. Angela Merkel war keineswegs naiv in ihrem Optimismus an jenem Spätsommertag. Aber sie war getragen von der Überzeugung, dass ein Land wie Deutschland Menschen helfen muss, die Kriegen und Bürgerkriegen entfliehen, Tot, Hunger, Vergewaltigung und Ver-

sklavung oder einem schlicht menschenunwürdigen Leben in den Zeltlagern, die rund um das vom Bürgerkrieg heimgesuchte Syrien errichtet worden waren. Es ist richtig, dass der Westen Fehler im arabischen Raum begangen hatte, zuletzt durch die viel zu schwache finanzielle Hilfe für die syrischen Flüchtlinge in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei. Deutschland und seine Bundeskanzlerin waren da nicht besser als andere. Aber als es darum ging, im Angesicht akuter Not Herz zu zeigen und Humanität, war Merkel zur Stelle.

Natürlich gibt es unter den Flüchtlingen auch viele, die nicht aus Angst um ihr Leben nach Deutschland und Europa wollen, sondern aus Hoffnung auf ein besseres. Darauf musste reagiert werden, denn Deutschland wäre schlicht überfordert damit, alle diese Menschen aufzunehmen. Das mag auf den ersten Blick inhuman wirken, aber die Hilfe für die Menschen, die sie nötiger haben, muss im Vordergrund stehen. Wer Bilder aus zerbombten syrischen Städten wie Aleppo oder Homs sieht oder sich die Lebensumstände der Flüchtlinge in Syriens Nachbarländern ansieht, erkennt unschwer, worin die eigentlichen Gründe liegen. Die einführende Reportage in diesem Buch über zwei Unterkünfte in der libanesischen Stadt Saida und die Menschen, die darin hausen, belegt das. Viele dieser Menschen wollen trotzdem gar nicht nach Deutschland beziehungsweise hoffen, dass ihre Angehörigen – meistens sind es die Ehemänner, Söhne oder Brüder – wieder zurückkehren, wenn sich die Lage bessert und es wieder die Aussicht auf ein menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat gibt. Und viele dieser Ehemänner, Söhne oder Brüder, die jetzt in Deutschland und anderen europäischen Ländern leben, möchten auch wieder zurück in ihre Heimat, sobald dort Frieden herrscht.

Als im Spätsommer 2015 eine Welle der Hilfsbereitschaft über Deutschland schwappte, war klar, dass es dabei nicht bleiben würde. Es ging um erste Hilfe am Münchner Hauptbahnhof und anderswo. Der Staat versagte zum Teil und ganz normale Men-

schen sprangen ein. In diesem Buch findet sich ein Bericht einer jungen Helferin und eines jungen Helfers vom Münchner Hauptbahnhof, die zugepackt haben und die uns erzählen, was eine Zivilgesellschaft schaffen kann, wenn man sie lässt – oder wenn sie muss, weil die Behörden überfordert sind. Beim Betrachten der Fernsehbilder, die als Zeichen eines humanitären Deutschlands um die Welt gingen, war uns, den Herausgebern dieses Buches, aber unmittelbar klar, dass diese geradezu euphorische Stimmung, die auch ein Ausdruck einer gewissen Naivität war, verfliegen würde. Es stellte sich nicht die Frage, ob es Gegenwind geben, sondern wann er aufkommen und wie stark er werden würde; ob er die Zeichen der Hilfsbereitschaft und Humanität wegfeigen könnte. Unser Gedanke war, Autoren zu finden, die sich damit auseinandersetzen. Es sollte sich dabei aber nur um solche Autoren handeln, die auf dem Boden von „Wir schaffen das“ stehen – aber nicht als naive Utopisten die Augen vor den Problemen verschließen. Es sollte dabei nicht um Tagespolitik und Politikerstreit gehen, deshalb haben wir auch nur ein paar wenige Politiker zum Mitmachen gebeten. Wir wünschten uns als Autoren beispielsweise auch solche aus dem kulturellen Leben, weil diese Gruppe viel zu selten gehört wird oder sich äußert. Und es sollten wenigstens ein paar Menschen dabei sein, die tätige Mithilfe geleistet haben oder leisten.

Dass die Ankunft einer großen Menge von Menschen aus einem ganz anderen Kulturkreis, die kein Wort deutsch und zu meist nicht einmal englisch sprechen, die teilweise andere Wertevorstellungen haben als wir, bei vielen Menschen Angst und Besorgnis auslösen würde, lag auf der Hand. Ebenso, dass schon bald nach der ersten Hilfe Fragen von großem Gewicht aufkommen würden: Wie integrieren wir diese Menschen? Wo sollen sie wohnen? Wie lange werden sie bleiben? Wer gibt ihnen Jobs? Wie bezahlen wir das alles? Wie gewährleisten wir unsere Sicherheit? „Es ist vollkommen in Ordnung, sich davon überfordert zu füh-

len“, schreibt die junge Piratenpolitikerin und Publizistin Marina Weisband in ihrem Beitrag. Nur darf daraus nicht folgern, dass wir den Kopf in den Sand stecken oder gar denen folgen, die unsere liberalen, demokratischen Werte abschaffen wollen. Sondern wir müssen für diese Werte kämpfen, so Weisband, die als eine Art intellektuelles Sprachrohr vieler junger Erwachsener gilt. Und dass die Flüchtlinge mittelfristig Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft bieten, legt Henning Vöpel dar, der Geschäftsführer des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI).

Auf all die erwähnten Fragen hat Merkels einfaches „Wir schaffen das“ keine Antworten gegeben. Das konnte die Bundeskanzlerin damals auch gar nicht. Aber das sind natürlich Fragen, die beantwortet werden müssen. Denn sie beunruhigen viele Menschen in Deutschland. Sie schüren Ängste und Sorge, und zwar berechnete wie irrationale. Und sie bieten menschenverachtenden Populisten die Möglichkeit, ihre kruden Thesen unters Volk zu bringen und daraus Profit zu schlagen. Damit war zu rechnen. Dass aber Vertreterinnen einer Partei ernsthaft im Winter 2016 fordern würden, an den Grenzen auf Kinder und Frauen schießen zu lassen, hätten wir uns niemals vorstellen können. Am Ende wird wohl nur eine gute Politik die Menschen in Deutschland beruhigen und auch den Feinden der Demokratie, die die Flüchtlingsfrage zu nutzen versuchen, um ihre rückwärtsgewandten Forderungen durchzusetzen, den Wind aus den Segeln nehmen. Daran hapert es noch, keine Frage.

Und viel ist geschehen seit Merkels „Wir schaffen das“: Die Terroranschläge von Paris, die Silvesternacht von Köln und anderen Städten mit den massenhaften sexuellen Übergriffen auf Frauen, Prügeleien in Flüchtlingsunterkünften, Integrationsverweigerer, die lieber untertauchen, als einen Deutschkurs zu belegen; und nicht zuletzt die Befürchtung, dass sich Terroristen unter die Flüchtlinge gemischt und unerkannt nach Deutschland gekommen sind. Noch einmal: Sich Sorgen zu machen ist ver-

ständig, das darf nicht unter den Tisch gekehrt werden. Und hüte man sich davor, diese Menschen, die sich Sorgen machen, pauschal als „rechts“ zu bezeichnen.

Aber noch etwas Anderes ist geschehen. Noch nie wurden so viele Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte verübt, wie derzeit. Die Täter setzen inzwischen zum Teil bewusst das Leben der Bewohner aufs Spiel. Das ist erschreckend und darf nicht toleriert werden. Der Aufschrei scheint allerdings im Winter 2016 von Woche zu Woche leiser zu werden.

Dieses Buch mit seinen Beiträgen von ganz unterschiedlichen Autoren wird solche Täter nicht erreichen; mit Bildung, Lesen und Nachdenken haben diese Leute nichts am Hut. Sie sind auch nicht die Zielgruppe. Wir hoffen, dass es Leser findet, die reflektieren können, die sich jenseits der hektischen und aufgeregten (Tages-)Politik und der aufgepeitschten Debatten zum Innehalten bewegen lassen. Es scheint ja so, dass die Frage der Flüchtlinge oftmals mehr das Gefühl der Menschen in Deutschland berührt als ihr politisches Verständnis, auch, wenn man das häufig erst auf den zweiten Blick erkennt. Nicht umsonst sprechen wir von Ressentiments. Wir hoffen als Herausgeber und Autoren dieses Bandes, dass wir Leser finden, die sich durch die Lektüre zum Nachdenken animieren lassen. Und die mit anderen Menschen das Gespräch suchen.

Das Buch gibt bewusst keine Handlungsanweisungen für eine „richtige“ oder „gute“ Flüchtlingspolitik, keine Zehn-Punkte-Pläne. Es soll seinen Lesern Denkanstöße vermitteln. Zum Beispiel durch die Erfahrung der Schauspielerin Gabrielle Scharnitzky, die sich häufig in London aufhält, dort das multikulturelle Leben auf der Straße als völlig normal empfindet – und dann, zurückgekehrt nach Berlin, diese Offenheit zu ihrer eigenen Verwundung zu einem gewissen Grad in Frage stellt. Zum Beispiel durch den früheren Hamburger Ersten Bürgermeister Ole von Beust, ein CDU-Politiker, der durch die grassierende Fremdenfeindlichkeit

einige seiner früheren Einstellungen selbstkritisch hinterfragt. Zum Beispiel durch den Schauspieler Klaus-Peter Grap, der durch seine Hilfe in einer Berliner Flüchtlingsunterkunft zu einer eigenen Anschauung der Flüchtlinge gekommen ist. Dass demgegenüber ein Politiker wie Gregor Gysi, langjähriger Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag, sich kritisch mit der Politik der Bundeskanzlerin auseinandersetzt, kann nicht überraschen; dass seine Kritik die Linie des „Wir schaffen das“ grundsätzlich unterstützt ist indes ein interessantes Beispiel dafür, wie die Flüchtlingsfrage die deutsche Politik durcheinandergewirbelt hat.

Diese Beispiele sollen keine bestimmten Texte dieses Bandes herausheben. Wir waren erstaunt, wie unterschiedlich die Ergebnisse waren, nachdem wir die Autoren gebeten hatten, etwas zu schreiben. Wir hatten ganz bewusst keinerlei Vorgaben gemacht, was Inhalt und Form angeht – wenn man einmal davon absieht, dass „Wir schaffen das“ die Grundlage dieses Buches sein sollte. Das hat übrigens nichts mit Zensur zu tun. Doch es ist unübersehbar, dass die kritischen Stimmen in der Überzahl sind – dagegen wollen wir ein kleines Gegengewicht setzen.

Dass viele der Flüchtlinge eines Tages wieder in ihre Heimat zurückkehren wollen, steht außer Frage. Das belegt die Entwicklung der Flüchtlinge, die vor dem Balkankrieg Anfang der neunziger Jahre zu uns geflohen waren. Der allergrößte Teil dieser Menschen ist längst wieder zuhause, obwohl die kulturellen Unterschiede bei weitem nicht so groß waren, wie die zwischen Deutschen und Syrern oder Irakern. Diese Erkenntnis gehörte auch immer zu „Wir schaffen das“ dazu.

Doch viele Flüchtlinge werden auch bleiben. Deutschland steht durch die Flüchtlingsfrage vor großen Schwierigkeiten. Viele Hürden sind zu überwinden, bis die Menschen aus fernen Ländern auch nur einigermaßen in Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialsystem integriert sind. Dazu braucht es eine gute Politik und guten Willen von allen Seiten. Integration der Flüchtlinge ist ein Forderung

und Fördern, ein Geben und Nehmen. Es wird unvorhergesehene Ereignisse geben und viele Rückschläge. Nur sollten wir darüber die großen Chancen nicht übersehen, die in den selben drei Bereichen liegen: Gesellschaft, Wirtschaft, Sozialsystem. Vor allem aber sollte ein anderer Begriff ein reiches, starkes, verantwortungsbewusstes Land wie Deutschland leiten: Humanität. Jahrzehntelang war „Auschwitz“ die inoffizielle Staatsdoktrin der Bundesrepublik. Diese Doktrin löst sich – zurecht – mehr als 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges seit einiger Zeit auf. Zunehmend wird unser Land heute weltweit mit Menschlichkeit und Hilfe für Hilfebedürftige identifiziert. Auch das ist eine großartige Chance für unser Land. So betonte die deutsch-amerikanische Schriftstellerin Ruth Klüger, eine Überlebende von Auschwitz, am 27. Januar 2016 in ihrer Rede während der Holocaustgedenkveranstaltung im Bundestag: „Ich bin eine von den vielen Außenstehenden, die von Verwunderung zu Bewunderung übergegangen sind. Das war der Hauptgrund, warum ich mit großer Freude ihre Einladung angenommen und die Gelegenheit wahrgenommen habe, in diesem Rahmen, in ihrer Hauptstadt, über die früheren Untaten sprechen zu dürfen, hier, wo ein gegensätzliches Vorbild entstanden ist und entsteht, mit dem bescheiden anmutenden und dabei heroischen Wahlwort: Wir schaffen das.“

Berlin / Hamburg, Februar 2016

Armin Fuhrer / Christian Nawrocki



Uwe-Karsten Heye war ein enger Vertrauter des SPD-Politikers Gerhard Schröder. Er arbeitete als sein Regierungssprecher sowohl in Hannover, als Schröder niedersächsischer Ministerpräsident war, als auch von 1998 bis 2002 in der gleichen Funktion für den Bundes-

kanzler Schröder. Heye, 1940 geboren, ist Vorstandsvorsitzender des Vereins „Gesicht zeigen. Für ein weltoffenes Deutschland“.

Terror von rechts. Es braut sich etwas zusammen Die Geflüchteten und wir

Von Uwe-Karsten Heye

In Aachen sangen am 1. Advent Schulkinder für die ankommenden Flüchtlinge, damit sie sich aufgenommen fühlen: „Hey, so soll es sein, du bist nicht allein ...“. Der VfL Osnabrück veranstaltete passend zum Heimspiel an einem Wochenende rund ums Stadion ein Willkommensfest. In Obersontheim – wer nicht weiß, wo das zu finden ist: Das liegt gleich neben Bühlertann und kurz vor Michelbach an der Bilz, im Landkreis Schwäbisch Hall – haben sich 44 Ehrenamtliche zusammen getan, um die Ankunft von 55 Flüchtlingen vorzubereiten. „Ihnen ist die freudige Spannung anzumerken“, stand im Haller Tagblatt. Der VfL Osnabrück hat zur Belohnung gegen den Chemnitzer FC 2:0 gewonnen.

Nachrichten aus der Zeit, als Willkommenskultur Deutschland zu verändern schien, Empathie Vorfahrt hatte und das Klima bestimmte. Nun ist das Wort „Gutmensch“ zum Unwort des Jahres 2015 geworden, weil, so dachte wohl die Jury, es durchaus eine abwertende Konnotation habe, eher mit Naivität unterlegt und gern gegen jeden Realitätssinn gerichtet gebraucht werde. Erstaunlich, dass darunter angeblich auch Angela Merkels optimistisches „Wir schaffen das!“ fallen soll. Angela Merkel als Kanzlerin der Gutmenschen, die offenbar vor Humanitätsduselei nicht weiß, was sie da anrichtet. So jedenfalls die Stimmungslage in Dresden und wie es scheint, in der CSU, die immer drohender ein Ende des Flüchtlingsstroms anmahnt, ohne allerdings genau zu sagen wie das gehen soll. Und überdies mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht droht.

Rund 900 000 Flüchtlinge sind in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres gekommen. Und 2016 kommen täglich weitere zweitausend. Nicht überall ist der Empfang so nett wie in Aachen, Obersontheim oder Osnabrück. Allzu oft hören wir ganz andere Nachrichten: Mehr als 900 Angriffe gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte und gut hundert Brandstiftungen seit Sommer 2015 bis heute. Brennende Häuser, in die Flüchtlinge einziehen sollten. Busse werden blockiert, mit Steinen beworfen, wenn Flüchtlinge in ihre Unterkünfte gebracht werden sollen. Und dann noch der Aufmarsch eines rechtsradikalen Mobs vor ihrer Unterkunft, der böartige und hasserfüllte Parolen skandiert, die auch im Netz in ihrer fürchterlichen Gnadenlosigkeit nachlesbar sind. Die bislang für mich schlimmste Hassmail im Netz lautet: „Die Gleise nach Auschwitz liegen noch.“ Und das 60 Jahre nach den Auschwitzprozessen, die das ganze Ausmaß der braunen Mordtaten belegen. Aus den Niederlanden kam die Meldung: In der Nähe der Stadt Enschede haben Unbekannte abgehackte Schweineköpfe vor einer geplanten Flüchtlingsunterkunft platziert. Menschenfeindlichkeit ist grenzüberschreitend und kennt offenbar keine Tabus. Gott sei Dank haben die künftigen Bewohner das nicht gesehen.

Nun sollen es also zum wiederholten Male Kontingente richten, um den Flüchtlingsstrom zu bremsen. Die Vorsitzende der CDU in Rheinland-Pfalz entdeckte erneut die Grenzlager, die als eine Art Rückstaubecken dienen sollen, in denen Flüchtlinge registriert und ihnen in unterschiedlicher Weise nach Tageskontingenten die Weiterreise erlaubt wird. Gleichzeitig sollen alle, die nicht nach Deutschland wollen, aussortiert und zurückgeschickt werden. Wenn das Familien mit Kindern trifft, ist absehbar, wie die mediale Bebilderung dieses Vorganges mit weinenden und verstörten Kindergesichtern mitten ins Herz treffen wird, oder alte und junge Menschen zeigen, die in wachsenden Zeltstädten an der Grenze nach Bayern vegetieren müssen. Da wird Deutschland

schnell den gerade erworbenen guten Ruf „Refugees Welcome“ wieder verlieren.

Für den türkischen Präsidenten Erdogan hätte es hingegen nicht besser laufen können. Er soll der EU aus der Patsche helfen, die unfähig ist, sich auf eine gemeinsame Politik zu verständigen, was Frau Merkel in Bedrängnis bringt. Drei Milliarden Euro soll er für zwei Millionen Flüchtlinge erhalten, die in seinem Land Zuflucht gefunden haben, von denen rund 200 000 in Camps festgehalten werden. Der Rest kampiert auf den Straßen des Landes. Das Geld soll dafür ausgegeben werden, dass sich die Lage der Flüchtlinge dort bessert, womit zugleich verhindert werden soll, dass sie sich weiter über das Mittelmeer und Griechenland in die EU, vor allem nach Österreich und Deutschland begeben. Die drei Milliarden werden wohl nicht reichen, um die Türkei zur Schließung ihrer Grenzen zu veranlassen und den Exodus über das Mittelmeer zu beenden. Mithin bleibt es dabei, dass die maroden Schlauchboote der Schlepper in der von Herbststürmen aufgeregten See weiter in Seenot geraten und hunderte Flüchtlinge, und viele Kinder im Massengrab zwischen der Türkei und den griechischen Inseln den Tod finden.

In Europa aber ist man froh über jeden Flüchtling, der nicht, oder nicht so schnell kommt, denn so genau will man gar nicht wissen, wie die Türken das managen. Die Flüchtlinge aus Syrien, die in der Türkei stranden, sind Unterpfand für das Erdogan-Regime und garantieren, dass internationale Beobachtung und Reaktionen nicht zu fürchten sein werden, sollte das Geld doch in andere Kanäle, als in die Verbesserung der Lage für die Flüchtlinge fließen.

Denn nach wie vor, das berichtete die Zeitung Cum Hürriyet, unterstützt die Türkei den IS mit Waffenlieferungen. Alles ist recht, was einen Kurdenstaat verhindern hilft. Jede Nacht, so war zu lesen, wechselten mit Waffen beladene LKWs über die Grenze nach Syrien. Prompt wanderten der Chefredakteur und ein Re-

porter des Blattes ins Gefängnis, ihnen wird Spionage und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Kritiker Erdogans wie der kurdische Menschenrechtsanwalt Tahir Elcır werden auf offener Straße erschossen.

Folgerichtig in Brüssel bei der Sondersitzung und in Anwesenheit des türkischen Regierungschefs dazu kein Wort der Missbilligung. Realpolitik ist angesagt und wer mochte da die Türkei mit kritischen Bemerkungen behelligen? Hauptsache die zwei Millionen Flüchtlinge bleiben erst mal dort. Irgendwann sollen sie in Kontingente aufgeteilt und schubweise nach Europa weiterziehen können. Allerdings haben sich nur neun EU-Mitglieder bereit erklärt, noch zu bestimmende Kontingente auch aufzunehmen.

Die anderen 18 Mitgliedsländer verweigern sich weiter. In der Europäischen Union ist „burden sharing“ bislang nicht durchsetzbar. Deutschland wird wohl weitgehend ohne Unterstützung aus der EU bleiben, wenn es darum geht, bedrängte Menschen aus Bürgerkriegsländern aufzunehmen.

Nachdem Österreich ankündigte, die Zahl der Flüchtlinge durch Obergrenzen eindämmen zu wollen, fühlte sich die CSU erneut aufgerufen, das gleiche zu fordern. Dies, obwohl sie wissen kann, dass das Asylrecht Obergrenzen nicht zulässt. Zudem sind weder im Völkerrecht noch in der Genfer Flüchtlingskonvention Obergrenzen vorgesehen. Es lohnt, sich in diesem Zusammenhang die Geschichte der Genfer Flüchtlingskonvention noch mal ins Gedächtnis zu rufen: Sie wurde auch deshalb begründet, weil 1938 der Versuch gescheitert war, für aus Deutschland geflüchtete Juden Aufnahmekontingente festzulegen. Flüchtlingsfragen, das ergibt sich daraus, gehen die ganze Welt etwas an, das ist die Kernidee der Genfer Konvention.

Alles fixiert sich auf den Terror des IS, der nach dem Attentat in Ankara und dem Tod deutscher Urlauber, bedrohlich näher gekommen ist. Es ist eben dieser Terror, der Menschen zu Flüchtlingen werden lässt. Sie laufen um ihr Leben und nehmen gefähr-

liche Wege auf sich, um zu überleben. Es ist schäbig, wenn jeden Montag in Dresden aus Opfern Täter gemacht werden. Umfragen belegen, die Mehrheit von ihnen würde lieber heute als morgen wieder zurückgehen und das eigene Land wiederaufbauen.

Die größte innenpolitische Herausforderung des demokratischen Rechtsstaates allerdings ist nicht unmittelbar der IS, sondern der Terror, der das Land vom rechten Rand der deutschen Mehrheitsgesellschaft bedroht. Da liegt derzeit die größte Gefahr für den inneren Frieden. Wir haben den religiös begründeten Terror von Außen mit fehlgeleiteten Gefährdern, auch solchen mit deutschem Pass. Und wir haben den deutschen rechtsextremen Terror im Innern, der sich durch leichtfertiges Gerede auch aus dem politischen Raum ermuntert fühlen kann. Da braut sich etwas zusammen: Der Kampf von Rechtsaußen gegen Flüchtlinge einigt den bislang weitgehend losen Verbund neonazistischer Kameradschaften, die Aktionen planen, die sich auch strategisch gegen das verhasste demokratische System richten. Der Verfassungsschutz konstatiert zunehmende Gewaltbereitschaft von rechts und sieht 12 000 bis 15 000 gewaltbereite Rechtsextremisten im Land. Die AfD entwickelt sich dabei zu ihrem neuen bürgerlich drapierten parlamentarischen Deckmantel, der für Rechtsextreme und für das Prekariat bis zur Mitte der Gesellschaft wählbar erscheint. Da muss hingesehen werden, und hier muss Demokratie wehrhaft sein, wehrhafter als bisher.

Auch auf den institutionellen Rassismus ist zu achten, der bei der Verfolgung des Nationalsozialistischen Untergrunds über ein Jahrzehnt die Ermittler in die von eigenen Vorurteilen gepflasterte Irre führte. Nicht nur der NSU brauchte polizeiliche Ermittler nicht zu fürchten. Daran hat sich nichts geändert. 900 Attacken gegen Flüchtlinge und mehr als 100 Brandanschläge gegen ihre Unterkünfte und bislang kaum ein verurteilter Täter, in acht weiteren Fällen ermitteln Staatsanwaltschaften. Ist das Verfolgungsdruck?

Ich habe vor 15 Jahren „Gesicht Zeigen“ gegründet, zusammen mit dem damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden Paul Spiegel. Schwerpunkt unserer Arbeit ist weiter der Kampf gegen Rechtsextremismus. Seit dem Mauerfall sind rund 180 Tote, Opfer rechtsextremer Gewalttaten in Deutschland, zu beklagen. Ungezählte verletzte Opfer gibt es zudem, die unbeachtet bleiben, obwohl sie oft psychische Folgen verkraften müssen, die manchen traumatisiert und berufsunfähig werden ließ. Der Verfassungsschutz zählt rund 10 000 gewaltbereite Rechtsextremisten in Deutschland. Wie es scheint, wird die AfD zusehends zum Sammelbecken auch enttäuschter NPD-Mitglieder und Wähler. Das Bundesinnenministerium beantwortete kürzlich auf eine Anfrage der Linken im Bundestag, dass gegen rund 370 Rechtsextremisten, die gesucht werden, Haftbefehle nicht vollzogen werden konnten. Sie seien nicht auffindbar. Gibt es bereits eine Nachfolgeorganisation der NSU oder bildet sich diese gerade? Diese Herausforderung und wachsende Gefährdung der Flüchtlinge durch einen aggressiven und gewaltbereiten Rechtsextremismus müssen wir annehmen und gemeinsam zurückweisen. Zu erinnern sind die Schreckensorte Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen! Heute tobt der rechte Mob überall. Gehen wir mit deutschem rechten Terror nachsichtiger um? „Homegrown“ – deutscher Mob?

Dagegen stehen alle die, die in den Flüchtlingsheimen ehrenamtliche Arbeit leisten, Menschen, die bis zur Erschöpfung arbeiten – und dann doch am nächsten Tag wieder kommen. Das zügelt Skepsis und stärkt die Hoffnung, dass unser Land die Herausforderung bestehen kann.

Auch „Gesicht Zeigen“ hat Projekte, die sich einfügen in das, was wir uns angewöhnt haben als Willkommenskultur zu bezeichnen. Es ist ein junges Team, das „Gesicht Zeigen“ mit einfallsreichen Projekten trägt. Im Theaterzelt „Tipi am Kanzleramt“ in Berlin ein bunter Nachmittag mit fröhlichem Programm für 500 Flüchtlinge mit Kind und Kegel, die auf Farsi, Arabisch und

Englisch eingeladen, mit Bussen von ihren Unterkünften abgeholt wurden – und die einfach nur einen sorglosen Nachmittag haben sollten, mit Essen und Trinken und Musik. Es war ein schöner Tag, sicht- und hörbar in befreiender Stimmung. Jeden Dienstagabend lädt „Gesicht Zeigen“ zudem in den Räumen unserer interaktiven Ausstellung „7mal/jung“ zu einem Sprachcafé ein, in dem mittlerweile einige hundert Stunden Deutschunterricht gegeben wurden. Sie kommen mit und ohne Kinder und genießen drei Stunden außerhalb ihrer Unterkunft. Es werden Brote geschmiert für ein kleines Abendessen. Die Lehrer/Innen kommen in ihrer Freizeit und ehrenamtlich. Und wir merken uns Namen wie Fadi, Marah, Haissam, Hati-bilo oder Media. Sie kommen aus dem Iran, Syrien, Afghanistan oder Irak.

In der Ausstellung selbst waren zudem bislang mehr als 12 000 Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren, Klassen aus Berliner Schulen oder solchen, die zum obligaten Besuch aus der Republik in die Hauptstadt kommen, um hier einen Tag auf dem von uns eingerichteten „Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt“ zu verbringen, um eben dies zu trainieren. In sieben Themenräumen kommen die jungen Menschen zumeist schnell ins Gespräch: Die Ausstellung vermittelt den Jugendlichen, wohin Antisemitismus, Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung führen können und was man heute dagegen tun kann. Zugleich kommen Delegationen aus aller Welt, die das Auswärtige Amt zu uns schickt und die eine Holocaust-Education erleben, die auf überraschende Weise den Brückenschlag zwischen damals ins Heute schafft.

Es sind Schulklassen mit hohem Migrations-Anteil. In Deutschland geborene Jugendliche erfahren, oft zum ersten Mal, dass unter ihnen Gleichaltrige sind mit eigener Fluchtgeschichte und hier, bei uns, erfahrener Ausgrenzung. Dort ist das Gespräch möglich, zu dem der Alltag in der Schule keinen Platz zu bieten scheint. Manche Lehrer, die ihre Klasse begleiten, sehen und hören einfach nur zu und lernen ihre Schüler oft neu kennen. Die

Einträge der Jugendlichen in das Gästebuch zeigen, dass wir da einen guten Weg beschreiten.

Die Finanzierung der Ausstellung und für die qualifizierten „Teamer“, donnerstags auch für Publikumsverkehr geöffnet, ist auch für das nächste Jahr gesichert. Das Familienministerium hat die Bundesmittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus erhöht. Jetzt stehen auch Gelder für vorbeugende Projekte zur Verfügung, die sich um jugendliche Einwanderer kümmern, die im Fokus von Islamisten stehen. Wir sind dabei, auch da neue Wege zu gehen. Und je besser wir die Flüchtlinge dienstags im Sprachcafé oder die Einwandererkinder in unserer Ausstellung kennenlernen, umso deutlicher das Gefühl, dass unsere Gesellschaft in der Vielfalt reicher und nur durch Einfalt ärmer würde.

„Die bislang schlimmste Hassmail im Netz lautet: ‚Die Gleise nach Auschwitz liegen noch‘. Und das 60 Jahre nach den Auschwitz-Prozessen, die das ganze Ausmaß der braunen Mordtaten belegten.“

Uwe-Karsten Heye



Marina Lessig, Magistra der Philosophie, ist seit ihrer Jugend bildungs-, migrations- und sozialpolitisch aktiv und bekleidet aktuell ehrenamtlich ein Amt als Vorstand des Kreisjugendring München-Stadt. Als solche kam sie ursprünglich, um Ehrenamtliche zu unterstützen an den Hauptbahnhof, war dort

bald Teil des Schichtleiterteams und ab dem ersten Wochenende die Hauptkordinatorin der spontan Helfenden in der akuten Situation. Seit Anfang 2016 ist sie Vorsitzende des Verein „Münchener Freiwillige – Wir helfen“, der Nachfolgeorganisation der Initiative, die sich am Münchner Hauptbahnhof gebildet hatte.



Dominic Herold, Philosophieabsolvent, war zunächst ehrenamtlich als Einsatzleiter der Freiwilligen in der größten Münchener Notunterkunft „Messe Riem“ aktiv. Dabei koordinierte er täglich 750 Helfer und Helferinnen, um die mehr als 20000 Geflüchteten zu versorgen. Nach seinem ehrenamtlichen Engagement wechselte er hauptberuflich in die Koordinierungsstelle der Freiwilligen in

München. Zusammen mit Marina Lessig und vielen anderen gründete er Anfang des Jahres den aus der Initiative entstandenen Verein „Münchener Freiwillige – Wir helfen“.

Die Ästhetik des Helfens

Von Marina Lessig und Dominic Herold

München, Anfang des Jahres 2016. In den vergangenen vier Monaten hat sich unsere Stadt deutlich verändert, ging einmal um die Welt und ist doch immer noch wie sie immer war: München, Weltstadt mit Herz. Im Rückblick romantisiert und glorifiziert man gerne, und doch ist der besondere Ereignischarakter des Geschehenen im September nicht von der Hand zu weisen. Hinter uns liegen vier Monate, die das politische Gesicht einer Stadt so sehr geprägt haben, wie selten zuvor – ein Akt des ästhetischen Widerstands von Bürgern und Bürgerinnen. Eine Gegenwehr, die sich zum Ziel setzte, nicht wie mancherlei Politiker in Polemik oder abstruse Zahlenspiele mit moralisch bedenklichen Höchstgrenzen zu verfallen, sondern an der Basis der humanitären Hilfe zu arbeiten. Eine Bewegung in ihrer eigenen Weise so radikal wie auch sanft und deshalb wohl so berührend. Der unerträglichen humanitären und politischen Situation für Geflüchtete in Europa stellten die Münchnerinnen und Münchner die emotionalen Bilder geteilter Freude, Respekts, Berührung und Solidarität entgegen. Bilder von Polizisten, die einem Flüchtlingsjungen eine Mütze aufsetzen, Menschen, die zur Begrüßung klatuschen, die Süßigkeiten und Teddybären reichen und Wasser- und Schlafsackketten bis spät nachts.

Humanitäre Hilfe als kleinster gemeinsamer Nenner hatte sich nicht aus einem grundsätzlichen gemeinsamen politischen Verständnis herausgebildet. Der Antrieb des Engagements lag vielmehr an einem Selbstverständnis, das den einzelnen Menschen

zurück in die Mitte seines Handelns setzte: „Wir wollen da sein“ hieß die Maxime, die sich die Initiative der Freiwilligen HelferInnen nicht nur plakativ auf die Fahnen schrieb, sondern tatkräftig umsetzte. Nah am Mensch sein und da sein, wenn er einen braucht, weil er Mensch ist, weil wir alle gleich sind. Im Akt des Helfens entstand darüber hinaus für die Helfenden selbst ein motivierendes wie auch bereicherndes Erlebnis: Der abstrakte Wert der Gleichheit wurde erfahrbar. Nicht in der Begegnung mit Geflüchteten, sondern im Umgang miteinander selbst. Im Miteinander beim Helfen wurden Menschen Partner und Freunde ohne Anschauung des Hintergrunds und deren Weltanschauung, die vorher wohl nie zusammengekommen wären. Professoren trugen auf Anweisung ihrer Studierenden Bierbänke, während ein Obdachloser und eine CEO gemeinsam lachend Semmeln schmieren. Wir selbst wurden durch unser Tun wichtig im Nicht-Wichtig-Sein. Völlig unaufgeregt, gelassen und selbstverständlich. Wie wichtig es war, dass der Helfende selbst zählt, ohne einen HelferKult zu entwickeln und sich eben daraus ein überaus authentischer Moment ergab, der eben deshalb so überzeugend war, bestätigte sich spätestens als eine Gruppe aus Übersee sich meldete, die Geld für eine Helferparty gesammelt hatten.

Mit viel guter Laune und Eifer meisterten das Kollektiv Stadt so zur Spitze immerhin zwei Wochenenden, an welchen je über 30 000 Geflüchtete München erreichten und schafften es jedem Geflüchteten Obdach, Kleidung, Nahrung und Wasser zukommen zu lassen. Weit über 4000 spontane Freiwillige managten drei Notunterkünfte, die humanitäre Versorgung an einem Bahnhof und begleiteten zu Fuß Geflüchtete, zur Unterkunft, um die Polizei zu entlasten. Aber wie ermöglichten ganz viele Unbekannte, was Regierung und Katastrophenschutz nicht für möglich hielten? Wie konnte sich ein solches Selbstverständnis – in Zeiten eines politischen Über- und Verdrusses und eher geringerem bürgerschaftlichen Engagement – ausbilden? Oder anders gefragt: Wie

schaftte es München, innerhalb von vier Monaten über 175 000 Geflüchtete Menschen zu versorgen, dabei nicht überfordert zu sein, sondern ein Fanal der Menschlichkeit abzusenden? Es wäre gelogen zu sagen, die Münchnerinnen und Münchner wären nicht vorbereitet gewesen und das aktionistische wäre neu. Es wäre aber auch gelogen zu sagen, dass es in dieser Form nicht einmalig gewesen wäre. Und es wäre gelogen, wenn es nicht zu der radikalen Wendung beigetragen hätte, dass München so weitermachen wird, wie bisher. Doch der Reihe nach ...

Am Anfang war das Chaos

Es wäre verlogen, würde man die Flüchtlingsthematik auf das Ankommen der im vierten Quartal des Jahres 2015 in Bayern eingereisten Geflüchteten reduzieren. Griechenland, Italien, die Türkei, der Libanon oder Jordanien – sie alle sind seit dutzenden von Monaten und Jahren damit beschäftigt, fliehende Menschen zu versorgen. Deutschland schaute lange weg. Ein ganzes Land, beinah ein ganzer Kontinent sah sich nicht in der Verantwortung. Doch selbst wenn ein Land wegschaut, bedeutet dies nicht, dass hinter dem selbst gesetzten und scheinbar gänzlich intransparenten Schleier, gar nichts passiert. Das ist das Absurde daran, die Welt dreht sich – weiter und weiter, ganz ohne unser Dazutun. Lange Zeit aber ging der Blick nicht in die Krisengebiete, oder dauerte zumindest nicht länger als wenige Minuten Tagesschau an. So (ver)suchten tausende von Menschen ihr Glück über Wasser und Land, verpfändeten ihr Leben und das ihrer Liebsten, um Krieg und Terror zu entfliehen. Angetrieben vom innersten Begehren eines jeden Menschen. Eines Tages nicht nur mehr zu überleben, sondern zu leben. Demgemäß ist es natürlich nicht verwunderlich, dass auch vor der sogenannten „*Münchener Willkommenskultur*“ Hunderte von Geflüchteten in München an-

kamen – die Resonanz, das Wissen und die sich daraus ergebende Konsequenzen waren jedoch eher gering.

Das änderte sich schlagartig als Ende August plötzlich mehr als tausend Menschen stündlich am Münchener Flügelbahnhof eintrafen. Die klassischen Medien berichteten schnell und die Online-Kanäle dienten als rasend schnelle Multiplikatoren. Die Nachricht, dass Hilfe – von der keiner so genau wusste, wie diese aussieht – gebraucht wird, verbreitete sich in Windeseile. Das, was man wusste, war so unbestimmt und doch ausreichend an Informationen. *Menschen auf der Flucht kommen in München an. Sie brauchen Hilfe.* Elf Wörter, die alles bereithielten, was zum Helfen notwendig war. Daraufhin bildeten sich Facebookgruppen, die heute mehr als 16000 Mitglieder zählen. Die Polizei retweetete Twitterposts der Initiative und jede(r) kannte in seinem Freundes- und Bekanntenkreis mindestens eine Person, die schon geholfen hatte oder in Begriff war zu helfen. München entzündete ein Leuchtfeuer und trug es über die Dächer der Stadt. Man half nicht einfach so, man machte es nicht, weil es alle machten, man machte es nicht aus Hysterie: es gehörte zum guten Ton unter den Bürgern und Bürgerinnen.

Was war daran das Bemerkenswerte? Es blieb nicht einfach nur bei der sich zunächst selbst gebildeten Masse an Menschen, es brauchte Systeme, Pläne und ein gegenseitiges Vertrauen auf die Münchener Zivilgesellschaft, dem Chaos Herr und Frau zu werden. Die Stadtverwaltung gestand ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Höchstmaß an Vertrauen zu, von dem man denken sollte, dass es selbstverständlich sein müsste. Dass die Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, selbst bestimmen zu können, wofür gerade Struktur und öffentliche Mittel benötigt würden, um auch selbst zu entscheiden, wie Menschen in München empfangen und behandelt werden sollten.

Wer versucht, Erfolgsrezepte rückwirkend zu erklären, läuft meistens Gefahr, wichtige Parameter über- oder unter zu be-

werten, weil eben auch sie nicht vor Subjektivierung gefeit sind. Innerhalb der Initiative, die sich unter dem Band der Freiwilligen Hilfe vereinigt hat, gehörte vor allem die Niederschwelligkeit zur Ästhetik des Helfens. Menschen, ungeachtet ihres Alters, Geschlechtes, Sozialstatus oder ihrer Religion kamen, waren da, halfen, gingen wieder, wenn sie nicht oder nicht mehr gebraucht wurden. Sie mussten sich nicht stundenlang registrieren, mussten kein Einführungscamp besuchen oder sich auf ein politisches Parteibuch verständigen. Kommen, um da zu sein. Helfen, um zu helfen. Man schleppte Kisten, sortierte Kleidung, gab Essen aus, kochte Tee, malte Plakate. Manche kamen genau deshalb das erste Mal von ihrer Couch, andere alte Hasen konnten sich so auf etwas Neues einlassen. Über dieser Heterogenität der Helfenden schwebte mitnichten ein vorgefertigter Masterplan. Es gab nicht diese eine Strategie, die verfolgt wurde. Vielmehr bildete sich im Spätsommer in München ein Krisenmanagement aus sich selbst, aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Ein an den Menschen ausgerichtetes Helfen, dass mit staatlicher Struktur nur bedingt abzudecken war. Dazu gehörte vor allem der Mut, Verantwortung zu übernehmen und die Menschlichkeit, Fehler machen zu dürfen. Vielleicht waren wir deshalb so erfolgreich, weil wir uns nicht davor scheuten, eine Kultur des Scheiterns auszubilden und daran zu wachsen. Zwar hatten wir Menschen unter uns, die krisen- und katastrophenerfahren waren und deren Expertise uns half, doch es stellte sich schnell heraus, dass es gar nicht DIE Expertise geben kann. Für dynamische und unvorhergesehene Situationen gibt es keine Lösung aus der Konserve. Die „Wuselintelligenz“, die wir entwickelten, die Intelligenz des Scheiterns, funktionierte mitnichten von Beginn an. Vielmehr ging sie zu Beginn sich selbst und den Einsatzkräften im Weg um. Doch auf Basis der Lösungsprinzipien „Mia halt'n zam, wenn's drauf ankommt“, „Pack ma's“ und „Jeder g'hört an Tisch“, entwickelte sich schnell ein gemeinschaftlicher Pragmatismus, sowohl was Durchlässigkeit und

Niederschwelligkeit für die Münchner Bevölkerung anging, als auch was die Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den offiziellen Hilfskräften anging. In wohl keiner anderen Stadt saßen am zweiten Tag der Hilfe bereits mehrere Abteilungen des Sozialreferats mit Jugendamtsleitung persönlich auf Bierbänken in einem imaginären Büro mitten im Geschehen bei Geflüchteten und Helfenden. Noch seltener dürfte es vorgekommen sein, dass genau dieses Sozialreferat dafür sorgte, dass die spontan Helfenden mit zwei, zunächst in einem basisdemokratischen Plenum gewähltem Weg, Delegierten als feste Partner im Krisenstab der Regierung von Oberbayern, der Spitze der Stadtreferate, Kriseneinsatzleitung, Bundeswehr, Polizei, Bahn und Hilfswerk regelmäßig aktiv teilnahmen. Es dürfte auch eher selten vorgekommen sein, dass die Stadt spontan und unbürokratisch mehrere tausende Euro durch den Kreisjugendring möglich machte, um die Helfenden vertrauensvoll mit Laptops, Handys, Fahrzeugen und allem was sonst wichtig war, auszustatten.

Erprobt, oder besser, herausgefordert seit 2014

Allerdings: So neu ist es für München dann doch nicht. Unter dem Verein „München ist bunt“ stellen sich in einem Aktionsbündnis große Teile der Münchner Bevölkerung Rassisten und Neonazis in den Weg bei ihren Demonstrationaufmärschen. Auch hier kann man sich vor allem darauf einigen, zusammenzustehen. Zusammenzustehen gegen Rechts, wenn es gefordert ist. Unter der Übereinkunft auf dieses banalste Prinzip können nicht genügend Partner am Tisch sitzen. Mag so manche Gegen demonstration dennoch mickrig sein, gemeinsam setzt die Stadtbevölkerung regelmäßig starke Zeichen. 2014 kamen bei einer innerhalb von drei Tagen organisierten Kundgebung über 20 000 Menschen zusammen. Der Anlass: In Dresden marschierte seit

einigen Wochen PEGIDA und es hatte sich ein Münchner Ableger angekündigt demnächst ähnliches zu planen. Prophylaktisch kamen die Münchnerinnen und Münchner zusammen, um den neuen Rechten schon mal lautstark und kräftig zu sagen: „Bei uns nicht.“ Und so ist es nicht verwunderlich, dass auch der erste Versuch in dieser Stadt einen Montagsspaziergang abzuhalten missglückte, indem eine feiernde, tanzende und singende Gruppe von ebenso weit über 20000 Münchnerinnen und Münchnern eine Handvoll BAGIDAS einkesselte. Zusammenzustehen und möglichst alle an einem Tisch zu haben, dasein wenn man gebraucht wird. Das hat sich bewährt. 2015 verhinderten die Münchnerinnen und Münchner zuverlässig eine Demonstration von BAGIDA am 9. November. Wenn's drauf ankommt sind eben alle da und mit „München ist bunt“ war eine Grundlage geschaffen gewesen, um zu kommunizieren „Hier gehts ums Wesentliche. Hier sind wir alle dabei.“ Ein entscheidender Erfolgsfaktor für die enorme Hilfsbereitschaft der Münchnerinnen und Münchner, dass „München ist bunt“ seine Kommunikationswege zur Verfügung stellte um valide Informationen, Spendenaufrufe und Organisations-tools zugänglich zu machen.

Doch 2014 zeigte München bereits darüber hinaus, wie anpackbereit es ist. Öffentlich sichtbar ist die schwierige Situation für Geflüchtete in der Stadt seit Sommer 2013. Damals drängten Geflüchtete sich in die öffentliche Wahrnehmung indem sie mitten im bayerischen Wahlkampf unweit vom Münchner Rathaus einen Platz besetzten und in Hungerstreik traten. Aktive unterstützten und beschützten die Aktion und boten die Möglichkeit zu Diskurs, Austausch und Mithilfe. Kurz darauf folgte eine Besetzung des Gewerkschaftshauses. Es grummelte etwas unter den Münchnerinnen und Münchnern. Man war gezwungen, einmal in die öffentliche Wahrnehmung gedrängt und die Ästhetik der Makellosigkeit durchbrochen, sich mit der Situation von Geflüchteten zu befassen als Passant oder als politisch interessierter Bür-

ger. 2014 jedoch war die Erstaufnahmeunterkunft in München erstmals überfüllt, teils schliefen Frauen und Kinder im Freien vor überfüllten Unterkünten. Obwohl diese in Zuständigkeit der Regierung von Oberbayern, setzte sich der Münchner Oberbürgermeister mit den Worten „Nicht in meiner Stadt“ darüber hinweg, um den Menschen zu helfen. Es entstand kurzweilig eine Unterkunft in einem Jugendzeltlager, das von Beginn an von Jugendverbändlern und Münchner Bürgerinnen und Bürgern autark gemanagt wurde – organisiert über Facebookgruppe und Doodle. Jeder Pfadfinderstamm könne ein Lager besser aufbauen und leiten als die offiziellen Stellen, die sich überfordert aus der Verantwortung stehlen würden, las man bald in der Zeitung. Bald darauf entstand eine weitere Notunterkunft im Olympiastadion, ebenfalls ausschließlich von Freiwilligen geführt. Prinzipien aus dem Zeltlager wiederholten sich. Niederschwellige und spontane Mithilfe war ausdrücklich gewünscht und mit Social Media Tools organisiert. Es ging nicht um die Welt, es war auch nicht mit viel Aufregung verbunden. Aber es war das selbe in klein. Mangel an Helfenden gab es nie. Und als irgendwann kein Bedarf mehr an der Unterkunft bestand, wurde sie geschlossen. Ohne Nostalgie und Gezeiter. Aber sicherlich in dem Wissen vieler, dass ihr Engagement bald wieder gebraucht würde. Und das Wissen darum, wie man eine Kleiderkammer sortiert oder ein Doodle richtig aufsetzt war konserviert. Kaum waren alle an einen Tisch gebracht, konnten auch im Spätsommer 2015 wichtige Elemente wie Schichtpläne oder Gestaltung eines Infopoints und Piktogramme zur Benutzung deutscher Toiletten sofort genutzt werden. Man kann nicht sagen, München sei vorbereitet gewesen. Man kann die Ereignisse wenig in ihrem Ereignischarakter miteinander vergleichen. Aber die Haltung „Nicht in meiner Stadt“ und „Alle mit ins Boot“ hat langsam und unbeachtet ihren Anfang genommen und hat sich als vereinigend und produktiv in einem Ausmaß entwickelt, dass sich niemand hätte erwarten können. Und eben weil es eine Ent-

wicklung ist, macht sie doch Hoffnung, dass ein „Wir schaffen das“-Deutschland, das gemeinsam Unglaubliches in 2015 geleistet hat, gerade erst tapsige Schritte macht und noch im Anfangschaos steckt, um nun langsam gemeinsam zu wachsen und zu schaffen in der Integrationspolitik, um dort, wo Solidarität und Menschsein als angewandte Haltung zu Tage tritt, Demokratie zufrieden neu zu entdecken.

Und nun?

Die Münchner Ästhetik war zu heftig. Sie zeigte die Schönheit der Stadt abseits von FC Bayern, BMW, sauberen Straßen, Trachtenumzug, Zeitschriftenglamour, Alpenpanorama und adretter Architektur. Sie sendete zahllose Bilder mit Symbolwirkung. Doch die Unaufgeregtheit des Moments konnten sie nicht transportieren. Sie sendeten in die Welt einen wichtigen politischen Impuls und konnten in ihrer Selbstverständlichkeit nicht mehr mit dem Trend der Aufgeregtheit mithalten. Die Bilder wird es vermutlich deshalb nie mehr so geben. Alle Beteiligten werden auch besser vorbereitet sein. Manch einer hat vielleicht ein politisches Interesse solche Bilder gar nicht mehr entstehen zu lassen, munkelt man. Verändert sich nun unser Auftrag? Nein.

Er bleibt. Wir müssen Räume des Erlebens schaffen, des Erlebens von demokratischer Gesellschaft. Wir müssen unsere Wahrnehmung dafür schärfen, das Wesentliche zu sehen, es aber auch zu ergreifen und schöpferisch, gestalterisch zu unserem zu machen. Nur wenn wir abstrakten Werten Momente gönnen, die festgehalten werden können, können wir als Bevölkerung politische Impulse setzen jenseits von Wahlurne, Facebook-Like, Twitter-Kommentar, Onlinepetition und Gegendemo um dem Dasein als Spielball zwischen undurchschaubaren Mächten zu entrinnen. Aufgrund der dramatischen Situation für noch so viele Geflüch-

tete und wegen der Herausforderungen der Integration ist es Zeit und Not für eine neue Ästhetik des Widerstands und Helfens. Sie bietet die Chance statt Spielbälle zwischen undurchschaubaren Machtebenen mündige Bürgerinnen und Bürger zu sein in einer Situation, die europäische und globale Lösungen erfordert. Wenn uns die völlig untergegangene Münchner Terrorwarnung zu Silvester, die hyperventilierende Berichterstattung über Köln und der jeweilige mediale GAU der politischen Aktivistenlager (die erfundene Vergewaltigung eines russlanddeutschen Mädchens und der erfundene Tod eines Flüchtlings in Berlin) allerdings etwas lehren, dann, dass eine unserer größten Herausforderungen die Ästhetik des Alltags, die Wahrnehmung der Banalität, werden wird. Im Licht des Münchner Herbstes wurde die Stadtbevölkerung für einen Mut gefeiert, der sich vermutlich nur darauf zurückführen lässt, dass die meisten nach einer Eilmeldung zu einem brennenden Hotel irgendwo anders auf der Welt nicht mehr die danach hereinkommende Eilmeldung mit der Terrorwarnung lasen. Die Sensationslust unserer Wahrnehmung, die sich medial abbildet, verquert sich bereits selbst. Während unmenschliche Facebookkommentare von AfDlern und Massenabschiebungsnachrichten in die Schlagzeilen eingehen, schotten sich einige in Sehnsucht nach differenziertem öffentlichen Diskurs und dem Gefühl von Ohnmacht ob politischer Entwicklungen von Tagesnachrichten ab. Doch beides ist keine Lösung. Das Banale sichtbar, auf die Ästhetik des Unaufgeregten aufmerksam zu machen, es zu platzieren und sachlich zu diskutieren wird schwer werden. Aber es ist der Weg zu einem konstanten aktiven Engagement für Integrationsarbeit. In München waren Geflüchtete der Anstoß, uns wieder erfahrbar zu zeigen, was eine Gesellschaft ist und was uns als Gesellschaft ausmachen sollte. Sie haben unsere Wahrnehmung wieder auf Wesentliches gelenkt, das in seiner radikalen Einfachheit und Unmittelbarkeit eine natürliche Anziehung hat, von der man sich fragt wie sie in Vergessenheit ge-

raten konnte. Oder war sie immer da und nur außerhalb unseres Fokus? Wenn München etwas gezeigt hat letzten Sommer, dann, dass das Unaufgeregteste und Banalste in dem Moment, wo es wirklich geschieht, das Bewegendste sein kann. Hoffen wir auf mehr Bewegung in Deutschland und Europa.